

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

272 (22.11.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugpreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abloren 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelrempf. 25 A. Ausgabe: Mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.— 4. Die Restamezeitung 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Millionenschiebungen nach dem Auslande

Die Hohenzollern als Oberschieber

Nach dem, was bis jetzt festgestellt ist und bekannt wird, scheint sich die Millionenschieber-Affäre des Bankhauses Gruner u. Co. in Berlin zu einem Skandal erster Ordnung auszuwickeln. Steht doch bis jetzt fest, daß nicht nur Seine Majestät Prinz Friedrich Leopold große Vermögensschiebungen nach dem Auslande machte, sondern auch andere allerhöchste Herrschaften u. a. Seine Kaiserliche Majestät der Kronprinz samt hochbornem Gemahlin eifrig Schiebergeschäfte betrieben und damit den Staat und das deutsche Volk schädigten. Sowohl die frühere Kronprinzessin, wie auch der Adjutant des Kronprinzen sollen bei dem Schieberbankhaus aus- und eingegangen sein. Dem „Vorwärts“ wird von einer dritten Seite und zwar einer anderen als der, die den Abg. Hermann Müller informiert hat, folgendes mitgeteilt:

Das „A. Z.“ erklärt, daß das Bankhaus Gruner in Berliner Bankkreisen unbekannt sei. Es bezweifle aber sehr, ob die Kammerer und Reichsbank-Gary u. Co., G. Schleginger, Zier u. Co. und andere Berliner Banken behaupten können, daß die hiesiger Bankfirma Gruner Philippson u. Co. unbekannt sei. Um diese handelt es sich.

Was die Vermögensschiebungen selber betrifft, so datieren sie bereits seit Januar 1919. Es ist nur verwunderlich, daß sie so lange der Behörde verborgen bleiben konnten. Sie begannen mit der Herausgabe des kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin im Hotel Caplane, wo Herr Gruner das ganze Jahr hindurch mehrere Räume bewohnte, und umgeben der Familie Gruner bei der Kronprinzessin waren seine Stelzen. Später kamen andere Fürstlichkeiten, obige und nicht obige Reiche heran. Hauptgeschäftsbetriebe lieferte der inzwischen verstorbenen Dr. v. Tsch. der Hingelohntant des Kronprinzen, ein Herr v. Müller. Herr Gruner reiste stets im Auto zwischen Berlin und Amsterdam. Die hohen Kosten dieser Reise wurde Herr Gruner vor lauzen zum lipischen Geh. Kommerzienrat ernannt, trotz der Abhaltung des Adels und der Titel.

Die „S. S. am Mittag“ behauptet, daß nach ihren Informationen die Mitteilungen der Württembergischen Interpellation richtig sind bis auf den Namensträger. Herr Hermann Müller habe kein Material trotz strengster Geheimhaltung durch das Reichsfinanzministerium erlangt.

Nach der „S. S.“ ist es Gruner gelungen, nach rechtzeitiger die deutsche Grenze hinter sich zu bringen, obwohl ihm ein Kriminalbeamter auf den Fersen war. Ein Verstoß ist aber nur gegen ihn, dagegen noch gegen keinen einzigen der Vermögenshaber erlassen worden. Gaben wir es hier wieder einmal mit einem Verlegen der Justiz zu tun, wie Herr Gruner es in der letzten Sitzung der Preussischen Landesversammlung charakterisiert hat.

Wie bisher, läßt die Reichspresse auch weiterhin keine Zweifel darüber aufkommen, daß die Aufdeckung der Kapitalverflechtungen begnadeter Herrschaften in ihren Reihen sehr peinlich

empfunden wird. Man will darüber mit geistlosen Worten hinwegwischen, indem die Enthüllungen als „Sensation und Stimmungsmache“ und dergleichen bezeichnet werden. Wie diese Sensation in Wirklichkeit aussieht, zeigt der „Vorwärts“ in seiner Freitagabendausgabe, wo über die Beziehungen des Schiebers Gruner zur kronprinzlichen Familie folgende Epitaphie wiedergegeben wird:

Eines Tages ignorierte die Kronprinzessin Cecilie der Tochter Gruners ein von ihr selbst gemaltes Bild. Als die Tochter sich lebhaft darüber freute, sagte ihr Vater:

„Lotte, du brauchst dich gar nicht sehr zu freuen, wir haben der kronprinzlichen Familie sechzig Millionen Mark gerettet und konnte sich die Kronprinzessin dabei ruhig etwas erlauben.“

Neben der Art und Weise, mit der Gruner die Schiebungen durchführte, wird dem „Vorwärts“ gemeldet, Gruner ließ sich die Gelder seiner Klienten verbriefen und übertrug sie auf seinen Namen auf Auslandskonten. Anwesen, Effekten usw. verbriefte er in seinem Namen. Zu diesen Zwecken hatte er sich zwei Kurkurskonten angeschafft, mit denen er ständig nach Amsterdam und zurück fuhr. Die mit Bankbesichtigungen und mit Effekten, Anwesen usw. vollgepackten Koffer nahm er gleich im Auto mit. Ausländische Reisepapiere und Effekten sind in Deutschland heimlich beizulegen, der Handel mit ihnen verboten und daher werden diese Papiere in Deutschland meist mit 50 bis 100 Punkte niedriger als im Ausland. Gruner kaufte nun in der Nähe der Weite solche beizulegende Konten auf und verbriefte sie gleichfalls ins Ausland, wodurch er namhafte Gewinne erzielte. Gruner expedierte er beratende Effekten für seine Klienten. Wegen einer Sabotageaktion wurde bereits ein Verfahren gegen Gruner. Das Gruner alles über die Grenze schleppte, so fürchtete der „Vorwärts“, ist an Wert kaum zu schätzen. Sicher ist, daß es sich um Hunderte von Millionen handelt, wenn nicht sogar die Milliarde übersteigt wird.

Wie bekannt, hat sich letzter Tage der Reichstag mit einem Gesetzentwurf befaßt, der für Auswanderer und Auswanderer Zuchtstätten vorsehe. Die Verleitung der fürstlichen Kapitalgeber sollte die erste Probe auf das neue Zuchtgesetz sein. Deshalb ist dringend zu wünschen, daß der Gesetzentwurf vom Reichstag baldmöglichst zum Gesetz gemacht wird.

Wie der Berliner „Volkswacht“ erzählt, hat der Reichsminister des Innern den Versuch gemacht, alle lästigen fremdländischen Auswanderer in Internierungslagern unterzubringen, um sie später bei passender Gelegenheit aus dem Reich abzuschieben. Geheime Stellen glauben, daß sich diese Absicht gegen das fremdländische Schieberum richtet. Wenn das neue Gesetz über die Verhaftung der Strafen für Auswanderer und Schieber energisch angewandt wird, sind die besonderen Maßnahmen gegen fremdländische Auswanderer wohl überflüssig. Sie bringen im Gegenteil die Gefahr in sich, daß sie eine wütende Auswanderer- und Judenhetze entfachen, wodurch die Unruhmöglichkeit von den „Araben“ deutschen Schiebern abgelöst wird.

Die Völkerbundsversammlung in Genf

Abrüstung und Rohstoffverteilung

Genf 20. Nov. Die Völkerbundsversammlung setzte heute vormittag die Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats fort. Der belgische Delegierte La Fontaine entwickelte seine Stellungnahme zum Völkerbund. Neben dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sei es besonders die Frage der Abrüstung, die für die Welt geradezu eine Lebensfrage bedeute, angesichts der Tatsache, daß der Militarismus heute mehr verhängnisvoll sei als vormals. Es seien nicht nur die Pazifisten, die diese Abrüstung verlangen, sondern Männer des wirtschaftlichen Lebens sind es, die auf Herabsetzung der militärischen Ausgaben drängen. Es müsse eine internationale Armee des Völkerbundes anstelle des nationalen Militarismus treten, die nicht nur ein Institut der Rechtspflege, sondern des Rechts sein müsse. Es wäre so leicht, diese internationale Armee heute zur Rettung Armeniens zu bilden und der Völkerbund dürfte eine gewaltige, moralische Kraft gewinnen, wenn er sich zu einer solchen Aktion entschließen würde.

La Fontaine sagte u. a. wörtlich: Man muß den Völkern offen sagen, daß die Stunde der Abrüstung noch nicht gekommen ist. Die Vertreter des Völkerbundes haben dies durchaus begriffen, da in dem betreffenden Artikel nur von der „Herabsetzung der Rüstungen“, die ein Maximum erreichen sollen, die Rede ist.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats bezieht sich der kanadische Delegierte Howell als Hauptaufgabe des Völkerbundes die Verhinderung künftiger Kriege. In der Rohstoffverteilung sieht Kanada auf dem Standpunkt, daß es sich hier um eine internationale Frage handelt, die nicht der Völkerbund, sondern jede einzelne Nation selbst zu entscheiden hat. Jedoch des Ozeans seien über die europäischen Probleme vielfach abweichende Auffassungen vorhanden. Aber man sei sich durchaus klar über die Schwierigkeiten, die sich der Lösung entgegenstellen. Der Völkerbund müsse die während des Krieges dem Völkern gegebenen Versprechen einlösen, wenn er das Vertrauen dieser Völker erhalten wolle.

Als letzter Redner sprach Tittoni. Er stimme mit dem Bundespräsidenten Nolde darüber ein, daß bei der Ausfüllung der Friedensverträge, soweit sie dem Völkerbund anvertraut seien, die größte Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zur Geltung kommen müsse. Sämtliche Verträge müssen unbedingt veröffentlicht werden, weil gerade dadurch dem Ziel des Völkerbundes, künftige Kriege zu vermeiden, am besten gebient werde.

Die Auffassung des kanadischen Delegierten in der Frage der Rohstoffverteilung müsse er beharren. Wenn die Vertreter aller Länder so sprechen würden, wäre eine gemeinsame Arbeit völlig unmöglich. Neben ernste starken Vorfälle, als er betonte, im Völkerbund müßten vor allen Dingen die nationalen, sondern die internationalen Interessen zur Geltung kommen. Die Verteilung der Rohstoffe sei für viele Länder geradezu eine Lebensfrage. Die Welt dürfe sich dem fürchterlichen militärischen Kampf nicht einen noch furchtbarerem wirtschaftlichen Kampf erlauben, der den Wiederaufbau der Wirtschaft unmöglich machen würde. Gerade diejenigen Staaten, die nach dem Kriege ebenso reich oder noch reicher seien als früher, müßten den weniger begünstigten Staaten ihre Hilfe anbieten. — Damit war die Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats beendet. — Nächste Sitzung Montag vormittag 10 1/2 Uhr.

Beislagnahme der letzten deutschen Luftschiffe

Berlin, 20. Nov. Der Vorsitzende des Internationalen Luftschiffverkehrsverbandes in Berlin hat dem Auswärtigen Amt einen Beschluß der Beislagkonferenz zugesandt, in dem folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Daß die vorhandenen deutschen Luftschiffe „Adolfer“ und „Nordstern“ durch den Internationalen Luftschiffverkehrsverband als Ersatz für zwei zerstörte deutsche Luftschiffe beislaggenommen werden.
2. Daß die deutsche Regierung gehalten ist, den alliierten Mächten den Wert der übrigen zerstörten Luftschiffe, sei es in Geld, sei es durch Neubauten zu ersetzen.

In Ausführung dieser Entscheidung ersucht General Sternmann, Vorbereitungen für die Ueberführung der beiden Luftschiffe an die anspruchsberechtigten Bestimmungsorte zu treffen und ihn Skizzen der Typen der zerstörten Luftschiffe sobald als möglich einzureichen.

Deutscherseits wird der Standpunkt vertreten, daß wegen der Förderung der Luftschiffe keinerlei Forderungen von der Entente mehr erhoben werden können, weil alle Ansprüche der Alliierten wegen der während des Waffenstillstandes vorgekommenen Beschlüsse durch das Seaplane-Protokoll abgelehnt sind.

Franzosenwahlrecht in Italien

BRN, Rom, 20. Nov. Die Kammer hat gestern mit 240 gegen 10 Stimmen einen Zusatzantrag zum Gemeindevahlgesetz angenommen, wonach den Franzosen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird wie den Männern. Ein Antrag zugunsten der Wahlpflicht wurde mit 144 gegen 74 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag zugunsten des Wahlrechts der Unteroffiziere und Soldaten.

Zum Orgesch-Attentat auf die badische Republik

Die sehr knappe einer Ergänzung dringend heischende Mitteilung des bad. Staatsministeriums über den Versuch des Generalleutnants von Batter in einer vertraulichen Versammlung zu Karlsruhe — das Volksh-Büro sucht sie neuerdings merkwürdigerweise als sehr harmlos zu kommentieren —, die Organisation der Orgesch in unier badisches Land zu verschleppen, gibt Anlaß, die Bevölkerung vor diesen gegenrevolutionären Umtrieben zu warnen, da sie angetan sind, Land und Volk Baden in neues schlimmes Unheil zu stürzen. Nicht genug damit, daß die Autokratie preussischer Generale Millionen das Leben kostete, daß sie das blühende Deutsche Reich aus Eroberungsgier ins Unglück stürzte und uns wirtschaftlich in grenzenlose jahrelange Armut brachte, wollen diese Gewalttaten in Verbindung mit bayerischen Monarchisten, die bereit sind, für die württembergische Herrschaft das Reich an die französischen Chauvinisten zu verkaufen, bereits wieder die schwachen Ansätze zum Wiederaufbau von Reich, Land und Volk im Keime erstickten. Langsam, jedoch stetig, hebt sich, wie selbst das Ausland anerkennen muß, Deutschlands Wirtschaftskrisis; ganz allmählich kehrt auch wieder der gesunde Sinn unseres Volkes für die Wirklichkeiten des Lebens — den die Kriegsverherrlichung erstörte — zurück. Ruhe und Sicherheit, die Grundlagen eines gesunden Volkes, fehlen, so schwer wir auch an den Kriegsfolgen zu tragen haben, in steigendem Maße wieder bei uns ein. Insbesondere in Baden macht sich unter einer gut republikanischen Regierung — wofür sie in den Blättern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Tag für Tag bezeugt und bezeugt wird — ein zunehmender Prozeß wahrhafter Enttarnung bemerkbar. Bei unverrückbarer Treue zum Reich, die für ganz Deutschland vorbildlich sein muß, und eifrigem Bemühen, die Wunden des Krieges wirtschaftlich, politisch und kulturell zu heilen, leben wir angelehnt der allgemeinen schwankenden Verhältnisse in Baden unter der Leitung eines sozialdemokratischen Ministers des Innern in einem Maße von Sicherheit, um die wir von anderen Ländern beneidet werden.

Der badischen Regierung ist es gelungen, ohne Einwohnertweh und (auf Ententegeheiß) fast von Militär entblößt, einzig und allein gestützt auf Polizei und Sicherheitspolizei, der Bevölkerung die zur Arbeit notwendige Sicherheit zu schaffen. Wie es für einen Staat selbstverständlich ist, hat die badische Regierung den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als oberstes Staatshochverbot für sich reklamiert. Jede Ueberantwortung des Sicherheitsdienstes des Staates an private Institutionen wäre eine Veräußerung der obersten Staatspflicht an Privatpersonen, wäre eine Verleugung der Regierung, wie in diesem Sinne auch die bayerische Regierung des Herrn v. Kahr ihren Bankrott erklärt, indem sie die staatlichen Sicherheitsorgane als unzureichend zum Schutze ihrer Bürger findet und sich in die Abhängigkeit von privaten Schutzorganisationen begibt.

Dem es ist ein unerhörter Zustand in einem geordneten Staatswesen, daß im Staate eine bewaffnete militärische Organisation existiert, die, nicht dem Staate, sondern einer Privatperson wie im Falle der Dr. Orgesch, dem Herrn Eicherich-München zu unüberbrücklichem Gehoriam verpflichtet ist. Hierdurch degradiert sich der Staat zum Objekt eines seiner Staatsbürger, dem er zu Willen sein muß, wenn er nicht seine Existenz gefährden will. Nun ist Bayern mit seiner reaktionären Regierung gerne der Orgesch und ihren monarchischen Hintermännern zu Willen — andere Länder haben jedoch keine Ursache, ihren Staat zur Dirne volksfeindlicher Militärs zu prostituieren zu lassen. Darum laufen aber die eingangs erwähnten Versuche des Herrn Orgesch von seiner Tätigkeit im Ruhrgebiet berückichtigten preussischen Generals von Batter hinaus. Er und seine karlsruher Komplizen wollen nicht dulden, daß im republikanischen Baden das bayerische Beispiel so gar keinen Anklang findet, daß Baden nicht gewillt ist, der Entente, gleich Bayern, Grund zu fortwährenden Drangsalierungen zu geben. Darum der alljährliche mühselige Ansturm auf Baden, darum die Heucheleien der versöhnungsfeindlichen, hochverräterischen Orgeschleute.

Wir erwarten deshalb in Baden von unserer Regierung, daß sie mit dem Strafbuch in der Linken und allen Nachmitteln des Staates — der Rechts voll unbegrenzter Energie allen Versuchen der Reaktion entgegentritt, in unserem Lande private bewaffnete Organisationen zu schaffen, die — unbekümmert um den hierdurch eintretenden Bürgerkrieg — nur darauf warten, den Aufstieg unseres Volkes im Blut zu erstickten, nachdem die gleichen Männer der Reaktion im Krieg unser Volk an Tausenden auf die Schlachtbänke lieferten.

Wir haben zur badischen Regierung das Vertrauen, daß sie auf dem Damme ist. Besiegt die Aktivität der sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts kann uns, wie die Vergangenheit und der jetzige Vorgang beweist, dies verbürgen: ein Umstand, der auch in anderen Ländern und im Reich Verheerung verdient. Neben der Regierung ist es jedoch Sache der Träger dieser Volksregierung, nämlich des badischen Volkes, die Augen offen zu halten, damit nicht ein überraschender Stoß der völlig verantwortungslosen staatsfeindlichen Reaktion das langsam entstehende Gebäude des Wiederaufbaues umwirft und Bürgerkrieg, Hungersnot und feindliche Besetzungen an Stelle friedlicher Fortentwicklung tritt.

Inbesondere aber ist es Sache der Arbeiterschaft, zu verhindern, daß nicht ihre schlimmsten Feinde die Republik vertreten und ein vom Militarismus gestütztes absolutistisches Unternehmertum sie unter Besetzung der revolutionären Errungenschaften völlig ins Sklavensoch spannen kann.

Die Feinde der Republik sind an der Arbeit. Sie suchen den Verfall und seine Länder von allen Seiten zu unterminieren, um zur gegebenen Stunde loszuschlagen zu können. Deshalb, Arbeiter und Republikaner: Steht Bereitschaft und Augen offen!

Die Pläne der Orgesch

Unter dem Titel „Seine Bajawarisierung“ bezieht sich die Mannheimer „Volkstimme“ mit den Plänen der Orgesch, auch uns in Baden mit dieser schönen Einrichtung zu beglücken, wobei sie folgende Mittelungen macht:

„Schon vor Kurzem hatte in Heidelberg eine geheime Beratung von Orgesch-Leuten stattgefunden, die den herrlichen Plan beschloßen, im Falle eines Putschs von rechts zunächst sofort die Gewerkschaftsführer zu verhaften, um damit zu verhindern, daß ein Generalfreik in Szene gesetzt werde. Ein wahrhaft kindischer Gedanke; denn sobald man die Gewerkschaften verhaften würde, so würde man sich selbst die Hände an die eigene Kehle legen. Bei dieser sporadischen Besprechung in Heidelberg aber blieb es nicht; im Gegenteil, am vergangenen Donnerstag, 18. November, fand in Karlsruhe eine offizielle Zusammenkunft für die Orgesch eingenommener und für sie vorbereitender Personalitäten statt, deren Zweck es war, die Bildung einer entsprechenden Organisation vorzubereiten. In dieser Besprechung nahmen u. a. auch der aus dem Ruhrgebiet im März hinzuredende General Watter mit einigen seiner Getreuen, darunter dem Leutnant Kruh, teil. Einberufen dieser Versammlung war ein Direktor Wagener. In der Besprechung wurde als Grund für die Notwendigkeit der Orgesch das angebliche aber schon hundertfach als unwahr festgestellte Befehlen einer „roten Armee“ angegeben und da die Regierung nichts dagegen tue, so müsse man eben zur „Selbsthilfe“ greifen. Baden sollte in drei Kreise eingeteilt werden; an Geld wurden 5 Millionen Mark als nötig erklärt; Waffen käufen genügend zur Verfügung. Auch sind bereits Listen aufgestellt aller jener Personen, die im entscheidenden Moment verhaftet werden sollen: führende Sozialisten, Gewerkschaftsbeamte, frühere Arbeiter- und Soldatenräte.“

„In der Mannheimer Parteiblatz fährt dann fort: „Soweit die Pläne der Herren. Die badische Regierung, die von den Dingen erfuhr, hat sofort geneigt: die Hauptmader, General Watter und seine Getreuen, waren leider schon „ausgeschlossen“; den Einberufen der Versammlung, den Direktor Wagener, gelang es jedoch noch rechtzeitig, die Pläne zu durchkreuzen. Auch trifft die Regierung alle Maßnahmen, die nach der Lage erforderlich sind, um die reaktionären Absichten zu durchkreuzen und unmöglich zu machen. Mit Recht erklärt die Regierung in der Orgesch eine unzulässige, nach außen wie nach innen schädliche und gefährliche Organisation, und sie darf versichert sein, daß sie in dem Bemühen, diese Dinge auf Baden nicht übergreifen zu lassen, seitens der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vollste Unterstützung finden wird.“

Diese Unterführung darf sich weder in überreifen Gedanken noch in Kavalitäten äußern, weder eine wahrhafte Kavallerie noch hysterische Nervosität dürfen platzgreifen. Die Arbeiterschaft wird Ruhe und kaltes Blut bewahren und darauf bestehen, in dem vollen Bewußtsein ihrer Machtmittel und ihrer Kampfbereitschaft, zugleich aber auch in dem Vertrauen, daß für den Fall, daß ihr aktives Eingreifen erforderlich werden sollte, die Regierung sowohl wie die Leitung der Sozialdemokratie...

fraktion Partei rechtzeitig ihren Ruf an sie werden ergeben lassen.

Die Reaktion aber mag und soll wissen: die Arbeiterschaft ist sich bewußt, worum es geht und sollte irgend jemand sich mit dem Gedanken tragen, Baden zu bajawarisieren oder gar einen Versuch nach dieser Richtung wagen, so wird er sich gegenüber die gesamte Arbeiterschaft finden: kampfbereit, mit ruhiger Entschlossenheit, eisernen Willens und von jäherer Entschlossenheit erfüllt!“

Die „Neue Badische Landeszeitung“ in Mannheim

wendet sich ebenfalls in scharfer Weise gegen die Versuche nach Baden die reaktionäre Orgesch-Organisation zu verpflanzen und weist darauf hin, daß in Baden rein sachlich gesprochen, nicht die geringste Veranlassung besteht zu einer solchen Selbstschutzorganisation nach dem Orgesch-Muster, und es erhebt sich der Verdacht, daß es sich dabei nicht nur um Selbstschutz, sondern auch und vor allem um politisch-reaktionäre Bestrebungen handelt. Schon formell aber ist eine solche Organisation ungesetzlich, sie verstößt gegen die allgemeinen Sicherheits-Verordnungen des Reichspräsidenten und gegen das Entlassungsgesetz. Die Organisation des Herrn Watter könnte Baden und das ganze Reich also auch in einen bösen Konflikt mit der Entente führen. Schon hieraus ist die Unverantwortlichkeit des Vorgehens des Herrn Watter und seiner Helfer ohne weiteres ersichtlich. Schon vorbereitende Handlungen dieser Art kennzeichnen sich als ein Verbrechen gegen das Gesetz. Höfentlich genügt diese Warnung, um alle diejenigen, welche eine solche Organisation bezögen, Herrn Watter zu unterrichten, von ihren unüberlegten und gefährlichen Absichten abzurufen. Sie würden sonst auch in den Reihen des Volkes auf einen so unüberwindlichen Widerstand stoßen, daß die Sache für sie die allerhöchsten Folgen haben würde.“

Eine WTB-Darstellung

Das Wolff-Telegraphenbureau versendet in merkwürdiger Form eine fängende Aufmachung folgende Darstellung der Karlsruhe'igen Geheimversammlung von Militaristen und reaktionärem Unternehmertum:

Karlsruhe, 20. Nov. Vorgef. mittag hatten sich hier etwa 30 Herren versammelt, unter ihnen General Watter, um einen Vortrag über die Kampfe gegen die Kommunisten im Ruhrgebiet und über die Notwendigkeit von Selbstschutzorganisationen entgegenzunehmen. Um festzustellen, ob es sich um einen Vortrag gegen die Verordnung vom 30. Mai 1919 und gegen das Entwaffnungsgesetz handelt, veranlaßte das Ministerium des Innern seinen frühesten die Teilnahme des Direktors Wagener, Hauptmann a. D., der die Versammlung einberufen hatte. Nach Verhör einiger Jungen durch die Staatsanwaltschaft wurde Wagener abends wieder auf freien Fuß gesetzt. (Herr Wagener, um den es sich hier anscheinend handelt, ist zurzeit kaufmännischer Direktor der Wäldschmiederei Karlsruhe borm. Heid u. Neu. D. Red.)

Neukommunistische Berichterstattung

Das von Moskau ausgehende Gebot, nach Selbstbestrafung zu lägen, wird von der neukommunistischen Presse bereits stramm befolgt. So bringt es die „Vergessene Volkstimme“, die von dort unabhängig von den Neukommunisten gegangen ist, fertig, über die sächsischen Landtagswahlen unter folgenden fettgedruckten Heberfürsätzen zu berichten:

„Die Landtagswahlen in Sachsen. Statt Absage an die Sozialdemokratie und an die ihr ähnelnden Demokratien. Die sozialistische Mehrheit durch den revolutionären Teil der Arbeiterschaft erhalten.“

„In dem Artikel heißt es dann noch ausdrücklich: „Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil der jammervollen Politik der Scheidemann-Rose-Partei. Dem revolutionären Teil des sächsischen Proletariats ist es zu danken, daß Sachsen auch nach diesen Wahlen eine sozialistische Mehrheit behalten hat.“

In Wirklichkeit liegt die Geschichte bekanntlich so, daß die Sozialdemokratie von ihren bei der Reichstagswahl am 6. Juni erhaltenen 580 000 Stimmen 578 000 gewahrt hat, während die Rechts- und Linksunabhängigen von ihren 600 000 Stimmen am 6. Juni glatt die Hälfte verlieren haben und nur 300 000 retten konnten, wovon kaum ein Viertel auf die Neukommunisten fällt. Sehr spachhaft ist es auch, daß das neukommunistische Blatt so großen Wert auf die sozialistische Mehrheit legt. Offenbar hat die linke U.S.V. die kommunistische Taktik noch gar nicht begriffen, die doch darauf geht, durch Verweigerung jeder Zusammenarbeit diese Mehrheit praktisch wertlos zu machen!

Die Sozialisierung des Bergbaues vor dem Reichstag

Berlin, den 20. Nov. 1920.
Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die beschleunigte Erhebung des Reichsrenten und der Pflichtabgabe vom Vermögenszuwachs. — Auf Antrag Meyer (D. Sp.) wird der Gesetzentwurf dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Interpellation Müller-Franken über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Zur Begründung erklärt der Abg. Köpfer (Soz.) das Wort. Der Gesetzentwurf soll sich nicht etwa auf einem Seminarkapital oder der Ertragsteigerung der Arbeiter begründen, vielmehr die Sozialisierung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung durchzuführen. Am 15. August erklärte von dieser Stelle aus ein Regierungsvertreter, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehe. Er erklärte: Ich bin ermächtigt, festzustellen, daß die Reichsregierung auf dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli steht. Sie hat den Reichswirtschaftsminister beauftragt, unbeschädigt die Verfolgung der Angelegenheit einzuleiten.“ Am 22. September wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der Grundlage des vorliegenden Berichtes der Sozialisierungskommission einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorzulegen. Schließlich hat der Reichswirtschaftsminister im Reichswirtschaftsrat am 18. Oktober erklärt, das Kabinett auch heute noch entschlossen sei, auf dem Boden der Erklärung vom 15. August und des Beschlusses vom 22. September zu stehen. Die Regierung hat also eine klare Entscheidung abgegeben und die Vorlegung eines Sozialisierungsgesetzes bestimmt und unabweislich in Aussicht gestellt.

Es handelt sich darum, ob mit der Verletzung der Verfassung zur Ausbeutung auch das Eigentumsrecht verletzbar worden ist. Dieser Auffassung muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Harzort trat f. B. dafür ein, daß man sich in einer Zeit befände, wo die Eisenbahnen zusammenbrechen und eine großartige Anstrengung der Nation zur Erholung des Ganzen einzusetzen hat. In solchen Zeiten befinden wir uns auch jetzt. Damals sollte das Interesse des Landesherren vor dem Interesse der Wirtschaftsbefehrer zurücktreten. Heute muß das Sonderinteresse des Kapitals in den Hintergrund treten. Der Staat hat das Eigentumsrecht über die Schätze der Erde in Gewalt. Damals wurde zwar dem Verlangen nicht entsprochen. Aber die Regierung gab die Erklärung ab, daß sie demnächst einen Gesetzentwurf einbringen werde hinsichtlich der Bergbaufreiheit. Der Kampf um das Gebundenheit wurde durch die Annahme des Gesetzentwurfes vom 12. Mai 1881 beendet. 1881 wurde das Direktionsprinzip aufgehoben und damit begann die Zeit, wo aus dem Bergbaue ein schwer arbeitender Proletariat wurde. Mit ihrem Verlangen der vollen Ausbeutungsfreiheit hatten die Grubenbesitzer 1888 endlich Erfolg. Das damalige Bergbaugesetz ist in seinen Grundzügen heute noch in Kraft. Aber es ist festzustellen, daß es das Eigentumsrecht nicht geschützt. Ein privates Eigentumsrecht an erschlossenen und unerschlossenen Aern der Erdoberfläche besteht nicht. Diese gehören zum Besitze des Staates, der politischen und wirtschaftlichen Zusammenfassung des ganzen Volkes. Es kam 1893 zum Kohlenmonopol. Damit wurde im politischen Staat ein Wirtschaftsmonopol Privater geschaffen. Der Versuch, den der Reichshofrat und Reichswirtschaftsrat gemacht haben, um einen Vorschlag zu erlangen, auf dem sich alle Teile einigen könnten, ist gescheitert. Es wird vorgebracht, die Arbeiter und Beamten des Kohlenbergbaues durch Abgabe von Aktien an der Kapitalaufbringung und am Gewinn zu beteiligen. Die Beteiligung der Allgemeinheit soll auf dem Wege der Besteuerung realisiert werden. Das ist alles Scheinsozialisierung. Es ist nicht der Zweck der Sozialisierung, den größten Teil des Volkes mit privatrechtlichen Ideen zu infizieren. Vielmehr müßte 80 Prozent der reinlich-wirtschaftlichen Bereiche, früherer Welt, jetzt Kommunisten, dafür zu haben sein, 85 Prozent verzichten darauf. Sie verlangen die Heberführung der Erdoberfläche in den Besitz der Volksgemeinschaft. Das ist es, was wir unter Sozialisierung verstehen. Würden die Bergarbeiter in ihren Erwartungen getäuscht, so sind die Folgen nicht abzusehen. Die Sozialisierung kann nur in organischer Aufbau erfolgen. Sie darf nicht einberufen mit einer Einschränkung der Produktivität. Die Regierung muß nunmehr Farbe bekennen. Ein längerer Ärgern wäre untraglich. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Schulz: Zu der außerordentlich maßvollen und sachlichen Behandlung der Interpellation habe ich namens der Regierung folgendes zu erklären: Die Reichsregierung wird gemäß den Ausführungen des Reich-

nach in alt frischem Gedächtnis, als daß er ganz unbesorgt gewesen wäre. Aber die Erinnerung an den glänzenden Hof Meierich von Württemberg, an die fröhlichen Tage, die sie dort verlebt hatten, die Vergleiche dieser Zeit mit dem freudlosen Leben der Bundesräte machte sie günstig für den Herzog stimmen, wenn auch mancher Ursache hatte, seine Wiederkehr nicht gerade herzlich zu empfangen. Die Bürgerchaft konnte über Freude über diese Nachrichten kaum verbergen; sie verteilte ihre Häuser, iraten haufenweise auf den Straßen zusammen und besprachen sich über die Dinge, die ihrer warteten. Sie schimpften leise, aber wehlich auf den Bund, ballten grimig ihre Häuse in der Tasche, und waren überaus patriotisch geimnt. Sie erinerten sich der erlauchten Ahnen des vertriebenen Fürsten, es war sein Name Württemberg, den auch sie trugen, sie zählten so manchen wackeren Herren aus der Familie auf, unter welchem sie und ihre Väter glücklich gelebt, der Württemberg Namen verlornt gemacht. Auch der Gedanke tat ihnen wohl, daß von ihrer Entscheidung für den einen oder andern Teil so viel abhängt, weil man im ganzen Lande auf die Stuttgarter sehe. Sie waren zwar weit entfernt, gegen die bündische Sozialisation auf ihre eigene Faust einen Aufbruch zu unternehmen, aber sie sprachen zueinander: „Gedatter, wart nur bis es Nacht wird, da wollen wir den Reichsfürsten zeigen, wo sie her sind, wir Stuttgarter.“

Dem bündischen Statthalter, Christian von Schwarzenberg, einige diese Bewegung unter den Bürgern nicht. Zu spät sah er ein, wie wichtig man getan habe, das Herz zu entlassen. Er wandte sich an die Bundesfürsten, die noch zu Nürnberg versammelt waren, und beehrte diese, aber er selbst sah die Hoffnung auf, Stuttgart so lange halten zu können, bis ein neues Heer im Feld erschienen sei. Er traf zwar einige Anstalten zur Gegenwehr; aber die Vorgesammelte, mit welcher der Herzog erdient, bereitete alle seine Bemühungen. Als er sah, daß er den Bürgern nicht trauen konnte, daß ihm der Adel nicht beistehe, daß die Verfassung nicht einmal zur Sicherung der Tore hinreichte, entwich er bei Nacht und Nebel mit den Bundesräten nach Göttingen. Ihre Flucht war so eilig und geheim, daß sie sogar ihre Familien zurückließen, und niemand in der Stadt ahnte, daß der Statthalter und die Räte nicht mehr in den Mauern seien; daher waren die Anhänger des Bundes noch immer getroffen Plutes und glaubten nicht an die Gerüchte von der schnellen Annäherung des Herzogs.

(Fortsetzung folgt.)

Pichtenstein

Romanische Sage von Wilhelm Hauff
(Fortsetzung.)

„Gut, Georg von Hemen und Philipp von Heuberg, ihr seit euch in die Knechte, jeder nimmt sechs Hähnelein. Ihr da, die ihr euch Hauptleute nennet, könntet bei den einzelnen Hähnelein bleiben und den beiden Herrn an die Hand gehen. Ludwig von Gemmingen, seid so gut und nehmet den Oberbefehl über das Fußvolk. Jetzt gerabewegs auf Rothenberg. Freu' dich, mein treuer Bannerträger.“ sagte Meierich, als er sich auf's Pferd schwang; „so Gott will, ziehen wir morgen in Stuttgart ein.“

Die Heiteren, den Herzog an der Spitze, zogen fürder. Der lange Peter stand noch immer unverrückt auf dem Platze, den Gut mit der stolzen Hähnenfeder in der Hand, und schaute den Reitern nach.

„Das ist einmal ein Hüßli!“ sprach er zu den Hauptleuten, die neben ihm standen. „Was der für eine gewaltige Stimme hat und wie er greulich mit den Augen funkelt, das es einen angst und bange wird. Du, ich meine, er wolle mich mit Haut und Haar verschlucken, als er mich fragte: Wer bist denn du?“

„Mir wor's g'rad, wie wenn einer siedend Wasser über mein Leib schütten lä. In Wien ist doch auch 'n Kaiser, aber der tut nit so g'waltig wie der do!“

„Also Hauptleut sind wer g'wesen.“ sprach der Hauptmann Maderle, „die Herrlichkeit hat nit lang dauert.“

„Narr! Das ist mir recht. Würde bringt Würde, sagt ein Sprichwort, die andern haben oft nicht recht geachtet, wenn wir befohlen haben; Diavolo, hat doch erst heute einer mich ausgelacht. Hat alles einen besseren Schick, wenn's die Herren anführen. Den Golddübeln und die vier Raag haben wir ja doch und das bleibt die Hauptfackel.“

„Dat meen' ich ooch! Und dat haben wer dem langen Peter zu verdanken. Er soll leben!“

„Dant' schön; aber das sag ich, der Herr wird dem Bund aufhänden, Meierich! Wenn der erst ein Schwert in die Hand nimmt, der jagt die Städler allein aus dem Land! Und seine Räte und Ganslar und die Landshofst! Habt ihr gehört, wie greulich er über die gestucht hat? Ich mach' in feines Haut heben.“

Das Wirbeln der Trommeln unterbrach das Gespräch dieser tapferen Krieger. Diese Töne erschollen nicht mehr auf ihren Befehl, aber der lange Peter war in seinen vielen Feldzügen so sehr an den Wechsel von Glück und Unglück, von Höheit und Niedrigkeit gewöhnt worden, daß er über den Sturz seines Regimentes nicht trauerte. Gelassen nahm er die Hahnfeder von dem großen Hut, legte die rote Schärpe um den langen Gürtel, die Zeichen seiner Würde, ab und ergriff eine Geliebte. „Gott straf' mein' Beel“, es ist schwer für einen Kerl wie ich, zwölf Hähnelein zu regieren.“ legte er, als er sich wieder als guter Landshofst in die Reihen seiner Kameraden stellte. „Aber bei Sanft Verzug, dem trefflichen Landshofst — er muß jetzt auch Oberst sein in den himmlischen Heerscharen, Marie Gleisler!“ — der Mensch muß alles probieren auf Erden. Die Landshofst schüttelten ihm die Hand und bestätigten es. Es tat keinem tapferen Herzen weh, zu hören, er habe sein Kommando trefflich verwaltet. Die drei Ritter, ihre Anführer, saßen auf und stellten sich zu ihren Hähnelein, die Landshofst richtete sich in gewohnter Ordnung zum Marsch, und Ludwig von Gemmingen ließ die Trommeln rühren zum Aufbruch.

3.
Erliegen ist der Fall, wir sind im Lager! Nehl werft die Hülle der verschwiegenen Nacht Von euch die euren stillen Zug verhehle: Und mach' dem Feinde eure Schreckensnähe Durch lauten Schlächtruf kund

Schiller.
Es war in der Nacht vor Maria Himmelfahrt, als Herzog Meierich vor dem Notendübelore in Stuttgart anlangte. Er hatte auf seinem Zuge schnell das Städtchen Leuberg erobert und war dann unangefochten immer weiter gedungen. Dieses Volk lief zu, denn wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht verbreitet, daß der Herzog wieder im Lande sei. Jetzt erst zeigte es sich, wie wenig Freunde der Bund sich erworben hatte, denn überall wurde die Freude laut, daß das gefährliche Regiment des Bundes ein Ende habe, daß das angestammte Fürstenthaus wieder in seine alten Rechte sich einsetze.

Auch nach Stuttgart war bald diese Nachricht dargebracht und hatte die verschiedensten Empfindungen dort erregt. Der Adel, der sich in der Stadt befand, wußte nicht, was er sich vom Herzog zu versehen hatte. Die Hebergabe von Tübingen war

*) Herr, erbarme dich!

langers von...
gemeinlich...
vorlegen...
von der be...
wirtschaftl...
nicht abgef...
Loren die u...
bestehende...
Wandine d...
um eine er...
den Fragen...
finden. Di...
Dezember...
finden. Di...
gehörigere...
lung der u...
weisen wer...
den Geban...
wenn die M...
Inhalt des...
Nichtlins...
des Haus, u...
an den W...
arbeit alle...
soll recht...
den End d...
Abg. So...
und Mittel...
warzen, e...
Abg. Ze...
Kommission...
dem könne...
herausgegr...
durch eine...
hoh vielme...
durch den...
dann muß...
betreffend...
und sind...
Abg. Ze...
keine Rede...
der Sozial...
ginn. Der...
arbeiten da...
Abg. Ze...
einen Anteil...
materielle...
Abg. Ze...
Lapitalist...
findungen...
Gedanken...
werden. Ar...
benen der...
nigen polit...
sagen zu...
liche Geleu...
nen Teilun...
auf den Vol...
verlieben...
süßt sich...
sozialist...
bis die Soz...
klärung ab...
Abg. Ze...
einen Anteil...
Mitarbeiter...
Abg. Ze...
ten zur Re...
ierung dur...
berühnt...
bedürfen...
Jehi verlan...
führung der...
glauben. A...
runa brin...
von der W...
Annäherun...
hollen den...
den sie au...
hängenden...
Abg. Ze...
Jeh. Es l...
die öffentl...
gelebt. C...
müht wer...
Enteianun...
Arbeiter...
Die Au...
Geh über...
er nach be...

Er ist...
Hilfer, der...
ber...
der No...
Der S...
Jeh...
viel, so we...
sind zufan...
Und er...
Aber geu...
eine Kunst...
Mensch...
Schn...
Der ap...
wurde ger...
Geistesfr...
wandsre...
Erscheinu...
Das P...
Stojus, die...
Interesse...
Von solch...
rend, daß...
find. Wah...
eines rabi...
das aber...
ung, sie w...
Dah...
verdingl...
Kauf...
ber verka...
oder Schn...
noch weite...
tliche G...
Wer...
Wah...
eindeutl...
Itali und...
Aber...
sondern...
zum M...
die teuf...

Badische Politik

Die Bauernrevolte in Urloffen

Neben dem „Acker- und Wälderboten“ findet noch ein weiteres Zentrumskomitee den Mut, das Verhalten der Bauern von Urloffen zu entschuldigen. Karer Papi vertritt in der „Clara bürger Zeitung“ seine Bauern in Schutz zu nehmen; nach seiner Darstellung sind die revolutionären Landwirte unschuldige Lämmer, die nur das Opfer von Wäldereien und Verhörungen geworden seien. Es werde wohl wenig Gemeinden geben, so meint Herr Papi, wo so viel Unrecht, Gemüht und alle Autorität untergraben würde wie in Urloffen. Auch die Agitation des neuen Bauernverbandes (Richtung Loberer) trage einen großen Teil der Schuld. Dazu käme das böse Beispiel der Nachbargemeinden des Hanauer Landes. Urloffen bilde die Durchgangsstation so vieler Schmuggler und Schleichhändler in das Hanauer Land und aus dem Hanauer Land. Schließlich wird den amtlichen Stellen der Vorwurf gemacht, daß sie nicht einmal persönlich in Urloffen erschienen wären, um dort auf die Stimmung einzuwirken. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß die Gemeinde Urloffen sehr schwer unter der Maul- und Klauenseuche zu leiden hätte.

Der Herr Karer leistet mit seinen Entschuldigungen der Gemeinde keinen guten Dienst. Die Hab- und Guldner brauchen doch wahrhaftig bei den Bauern nicht durch Wälder und Dörfer aufgeschreckt werden, diese Tugenden machen bei ihnen von selbst, wenn sie die guten Beispiele sehen, die ihnen ihre Klassenossen geben. So zeichnet sich der frühere Bürgermeister von Urloffen in puncto „Ablieferung“ besonders aus, sein Verhalten habe die Bürger geradezu auf, es auch so zu machen. Die Vorwürfe des Herrn Papi gegen das Ministerium und den Amtsvorstand sind vollkommen unbedeutend. Der Minister des Innern war vor nicht allzu langer Zeit in Urloffen und wollte durch eine öffentliche Aussprache den Bürgern der Gemeinde die vermehrte Beschäftigung mit sich selbst, ob der Herr Karer und Bürgermeister anwesend waren, wissen wir nicht; ähnlich wird es auch dem Amtsvorstand ergangen sein. Es ist doch so, daß weder die Bauern von Urloffen noch von anderswoher Beschäftigung wollen; sie wollen nur eines: Geld, Geld und wieder Geld.

Am besten beleuchtet die Verhältnisse und Vorgänge in der Gemeinde Urloffen eine Zuchrift, die uns von einem Augenzeugen zugegangen und in der es heißt:

Es ist nicht nur im Bezirk, sondern auch im Lande nicht erst seit gestern hinreichend bekannt, daß die Gemeinde Urloffen schlecht abliefern, daß in ihr der Schleichhandel einen erschreckenden Umfang angenommen hat, daß in ihr ein Wucherzettel und eine Geldgier herrscht, wie wohl in wenigen Orten. Wie oft hätte ich sagen: „Wird auch die Schöbde endlich mal gegen diese Gemeinde vorgehen.“ Wie oft hätte ich die Meinung, daß die Gemeindevorstände der Bauern am Platze laien: „Das hätte der Gemeinderat verhindern können. Diese Schöbde hätte verhindert werden können, wenn jeder einermehnen seine Pflicht getan hätte.“

Das Einreden der Sicherheitspolizei erfolgte in Ruhe. Die Kommissionen sah man ruhig arbeiten. Wie aber wurde versucht, Getreide nach dem Wald zu schaffen, Getreide und Mehl im Garten und Feld zu verpacken? Wie wurde man Getreide und Mehl den wachsamsten Augen zu entziehen? Das waren nur die „Irregulierten“. Die Güten zeigten für Hab und Gut freudig, sie hatten ja nichts zu fürchten. Die Leistung der Ernterückstellungen während des an diesem Tag stattgefundenen Ernterückstellungenbeschlusses die Erhebung einstellen, damit die friedlichen Bürger in ihren religiösen Gefühlen nicht verletzt werden sollten. Die Kommissionen waren zur höchsten und freundschaftlichen Behandlung dringend angehalten und versuchten sich auch so. Nicht ein Fall kann festgestellt werden, wo sich ein Beamter unkorrekt benommen hätte. Gerüchte über die Art wurden wohl kolportiert, sie schickten sich aber nicht. Die Haltung der Sicherheitspolizei war eine gute; das Aufstellen der Beamten machte einen guten Eindruck.

Die Zurückhaltung mußten sich diese Beamten auferlegen als gegen 12 Uhr eine aufgeregte Menge sich zusammenrotete und unter der Führung des Gemeinderates Sonne r nach dem Rathaus zog, und an verschiedenen Stellen der Gemeinde Zusammenrottungen erfolgten. Ist es nicht eine Schande, ungeschicklich eine Schande, wenn deutschen Beamten auf deutschem Boden in treuer Pflichterfüllung ihren Dienst ausübend, von „Deutschen Bürgern“ mit „Vive la France“ empfangen werden? Ist es nicht unerhört, daß man aus den Wirtschaften immer und immer wieder den Ruf „Vive la France“ ertönen hört. Ist es nicht unglücklich, daß von einer „Deutschen“ Gemeinde ein französischer Militärkommandant um Hilfe angerufen wird, um sie gegen die Zwangsentziehung zu schützen, und deutsche Beamte zu entlocken. Ist es nicht abscheulich, wenn man auf deutschem Boden deutschen Beamten entgegenruft: „Nun wartet nur, jetzt kommen gleich die Zwangsenteigner und bringen Euch zum Ort hinaus!!!“ Welche Gebuld und welche Ruhe wie auch Besonnenheit zeigte der Beauftragte des Kommunalverbandes und Bezirksamtes und wie begegnete ihm die „Irregulierten“, weil er seine Pflicht gegen sein Volk treu erfüllte?

Ist es möglich, daß ein deutscher Weidwirts noch eine solche Gemeinde in dieser Weise in Schutz zu nehmen versuchen kann und sie dem tiefen Mitleide des deutschen Volkes empfehlen will. So etwas ist nicht tragbar. Ergibt man auf diese Weise Menschen zur Moral und führt dadurch die Staatsautorität? Nimmt die Kirchenbehörde so etwas ruhig hin?

Dessen wir, daß die Regierung, die der Karer Papi, wie er schreibt, antreiben will, die Behren aus diesem Fall zieht und dafür sorgt, daß aus dieser Gemeinde das Getreide reiblos herausgeholt wird. Öffentlich erleben wir es hier nicht, daß man die Sache parteipolitisch zum Nachteil des Volkes behandelt und sich beeinflussen läßt. Oder wird man zuwarten, bis alles Getreide bis es „Irreguliert“ abliefern, was es mag? Dann braucht man keinen großen Wagen mehr, dann wird künftig auch jeder Appell an die guten Landwirte verhallen. Die Güten in Urloffen haben abgeteilt, den Wäldern bleibt wohl jetzt das Getreide, weil sie „Irreguliert“ sind. Der Kritiker in der „Eisenburger Zeitung“ ist ein wirklich humaner Richter.

Wenn wir der Regierung, den Behörden zurufen: „Werden hart!“ so geschieht dieses nicht, um die Klut zwischen Stadt und Land noch zu vergrößern, sondern des Rechtes und der Gerechtigkeit willen. Bedauerlich ist, wenn bei solchen Dingen auch die Güten, und deren gibt es auch in Urloffen, mit leiden müssen, das kann aber bei solchen Handlungen nicht vermieden werden, das sehen die guten Landwirte wohl ein. Das könnte man auch in Urloffen aus dem Munde der Güten hören. Wir haben noch viele gute Landwirte, die anders denken als der Kritiker, sonst wäre es noch schlimmer um uns Verbraucher und unser Volk bestellt. Wir sind dem Landwirt für seine Mühen, für seine Arbeit um die Sicherstellung der Ernährung dankbar. Ebenso ungenügend sind wir aber auch über die, die ihrer Pflicht nicht genügen, und da wissen wir uns einig mit den vielen guten Landwirten.

Wir haben diesen offenen und ehrlichen Worten nichts hinzuzufügen.

Beratung des Fürsorgegesetzes in dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Es wurde in die Beratung der §§ 3 und 4 eingetreten. Hierzu wurde von Zentrumskomitee zu § 3 Abs. 1 folgender Antrag gestellt: Die Bürgermeister der mittleren Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern, soweit sie nicht schon nach § 2 Abs. 1 kraft Gesetzes der Rasse angehören, sind berechtigt, ihr freiwillig beizutreten. Sie sind auch in Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl zum freiwilligen Beitritt berechtigt, falls sie

vor dem Eintritt in das Bürgermeisteramt schon der Rasse als Mitglied angehört haben.“ Zu § 4 vor Ziffer 1 als weitere Riffer einzuschalten: Die Bürgermeister der kleinen Gemeinden, sowie die Bürgermeister der mittleren Gemeinden, die nicht nach § 3 Abs. 1 zum freiwilligen Beitritt berechtigt sind. Die beiden Anträge, sowie ein sozialdemokratischer Antrag, der den Einwohnereinsatz für die Bürgermeister zum freiwilligen Beitritt von 400 M auf 1000 M festsetzen will, wurden angenommen. Die §§ 5 und 6 wurden unbedändert angenommen, ebenso der § 7 nach einigen redaktionellen Veränderungen. Die §§ 8 und 9 wurden nach dem Entwurf angenommen. Zu § 10, die Aufhebungsgewährung betr., wurde beschlossen, die Parteizeit zum Empfang eines Ruhegehalts, die in dem Entwurf auf 10 Jahre festgesetzt ist, auf neun Jahre herabzusetzen.

Als Absatz 4 wurde auf Antrag des Reichsrichters folgende Bestimmung getroffen: Zeitt ein Mitglied vor vollendetem Dienstjahr in den Ruhestand, ohne daß ein Anspruch auf Ruhegehalt besteht, so kann der Verwaltungsrat mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eine jederzeit in widerruflicher Weise laufende Unterführung bis zur Höhe der pensionsberechtigten Pension bei vorbestimmter Bedürftigkeit gewähren. Nach längerer Aussprache erklärte sich der Ausschuss grundsätzlich dafür, daß die Kürzungen ein Heilbringendes für ihre Mitglieder einleiten kann. Die näheren Bestimmungen werden in einer nächsten Sitzung beraten werden. Der § 11 wird unbedändert angenommen. Der § 12 Abs. 3 erhält nach einem sozialdemokratischen Antrag folgende Fassung: Die in der Eigenschaft eines planmäßigen Beamten im staatlichen oder kommunalen Dienst verbrochene Zeit wird, wenn das Ausschreiben aus dem genannten Dienst unter Gewährung eines Ruhegehalts erfolgt ist, nicht zur Anrechnung gebracht werden.“ Im übrigen wird der § 13 nach einigen unbedeutenden Änderungen angenommen. Zu § 18 wurde auf Antrag des Reichsrichters folgender Absatz 3 eingefügt: Hatte ein Mitglied früher mindestens 5 Jahre lang ein höheres Dienstverhältnis besessen und Beiträge bezahlt, so kann es verlangen, daß an Stelle der in Absatz 2 angeführten Berechnung dieser höhere Betrag beim Bestehen seines Ruhegehalts zurande gelegt wird. Das Verlangen ist innerhalb 3 Monaten nach dem Eintritt der Verminderung des Dienstverhältnisses dem Verwaltungsrat anzugehen.

Die Sitzung wurde hierauf auf Dienstag vertagt.

In der Enge!

Die „Badische Landeszeitung“ ist durch unser kräftiges Zupacken in der letzten Woche doch etwas aus dem Gleichgewicht geraten, ansatz auf die Lippen und laien Fragen klipp und klare Antworten zu geben, versucht sie mit allerhand Nebenartikeln, Ausflüchten und läppischen Bemerkungen sich aus der Verlegenheit zu helfen. Auf die öffentliche Anfrage des Ministers Kammeler hat das Blatt einen glatten Müßiggang an und verschonte sich — hinter das Redaktionsgeheimnis. Wir waren den Standpunkt des Ministers gegenüber dieser jämmerlichen Anweisung am Samstag mitteilt.

Nicht minder lässlich ist das Verhalten des Blattes gegenüber unseren Befreiungen und Fragen bezüglich seines Verhältnisses zur demokratischen Partei und der demokratischen Partei zu ihm. Auch da weicht das Blatt einer klaren Antwort aus. Wir verstehen diese Haltung: Vorerst sind unter dem demokratischen Firmenschild noch bessere Geschäfte zu machen, also nennt man sich noch demokratisch — wenn auch schwer fällt. Wendet sich die Konjunktur, dann ist es eine Leichtigkeit, unter freudiger Beihilfe des Herrn Ministers a. D. den erstinstanzlichen Anschlag nach rechts zu finden. Mit der Bemerkung, daß weder die Zeitung noch die Partei jemals auf dem Standpunkt gestanden hätten, daß die „Bad. Landeszeitung“ ein einseitiges Parteiorgan sei, glaubt das Blatt, sich salbieren zu können. Trotz dieser Selbstbehauptung läßt das Blatt sich drängen im Lande ruhig gefahren, als Hauptorgan der demokratischen Partei anerkannt zu werden. In seinen Berichterstattungen führt das Blatt ausschließlich die demokratische — mit Ausnahme vielleicht des Herrn Ministers a. D. — Parteiführer als Mitarbeiter an. Die Mitglieder der Redaktion, an der Spitze der Herr „Geh“ sind einseitigere Parteilichkeit der demokratischen Partei. Aber das alles hält das Blatt nicht ab, demokratisch nur nach Bedarf zu sein, im übrigen aber die Regierung, in der die eigenen Parteiangehörigen sitzen, im edlen Verein mit den völkerverständlichen und deutschen Nationalen Vätern und mit deren Verständigungsmethoden zu belächeln. Alle Äußerung vor solcher Moral, solcher Parteilichkeit und solcher — Geschickswendigkeit.

Abseihen aber von alledem: Über den Charakter der „Badischen Landeszeitung“ besteht ja nirgends mehr ein Zweifel. Wir haben von dem Blatte auch gar keine Antwort verlangt, sie ist überflüssig. Unsere Fragen waren an die demokratische Partei gerichtet. Und von dort her erwarteten wir eine Antwort und Klarlegung — im Interesse der öffentlichen Meinung.

Zum Steuerabzug. Von der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns geschrieben: Es ist bekannt geworden, daß Arbeitgeber die ihren Arbeitnehmern nach den Bestimmungen über den Steuerabzug einzubehaltenden Steuerbeiträge zwar durch Ablesen von Steuermaßen oder durch Ablesung an die zuständigen Steuerrechner entrichten, gleichwohl aber den Arbeitnehmern den Lohn oder Gehalt ungezügelt auszahlen, die abzugebenden Steuerbeiträge also aus eigenen Mitteln decken. Diese Übernahme der Steuerabzüge durch die Arbeitgeber ist zu den gewöhnlichen Vorteilen im Sinne von § 9 Ziffer 1 des Reichs-Einkommensteuergesetzes zu rechnen. Die von den Arbeitgebern geleisteten Steuerabgaben gehören daher zum steuerbaren Einkommen der Arbeitnehmer aus Arbeit und sind bei der entsprechenden Veranlagung zur Einkommensteuer den sonst vereinbarten Beträgen der Arbeitnehmer zuzuschlagen. Die Arbeitnehmer haben diese Beträge in ihrer Steuererklärung anzugeben; auch die Arbeitgeber haben sie in die Mittelungen aufzunehmen, die sie dem Finanzamt über die Bezüge ihrer Arbeitnehmer zu machen haben werden.

Gemeindepolitik

Die Bürgermeister und die Gemeindeordnung

In einer Versammlung der Bürgermeister des Amtesbezirks Kastatt, bei der fast alle Gemeinden vertreten waren, wurde nach der Begründung des Vertreters des Bezirksamtes und nachdem Aleserats über das Fürsorgegesetz und die Gemeindeordnung gehalten waren, im Zusammenhang damit auch die Sprache auf die Verhandlungen des Landtagsauschusses für Rechtspflege und Verwaltung über die Gemeindeordnung u. a. g., insbesondere seine Stellungnahme zu dem § 20 des Entwurfs gebracht, der regierungsfest unter Verbehalten der Bürgermeister in allen Gemeinden mit Ausnahme der Städte, falls ihnen nicht durch besondere Vereinbarung günstige Bedingungen eingeräumt sind, im Falle der Nichtüberwählung eine Entschädigung in Form eines Wartegeldes in Höhe ihrer Jahresbezahlung nach jährlicher Dienstzeit und eines Ruhegehalts nach 18 und 24jähriger Dienstzeit zu gewähren ist, und einmütig folgende Entschlüsse angenommen: Die Stellungnahme des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, die in Regierungsentwurf zu § 20 der Gemeindeordnung bisher schon festgelegt gewesenem Rechte der Bürgermeister wesentlich einschränken beabsichtigt, trägt den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung, wenn es sich dabei nicht ergibt, daß die Bürgermeister auch in den kleinsten Gemeinden die Willensvollstreckung des Staates in weitestem Umfang sind und sie sich, wenn sie dieser Aufgabe voll gerecht

werden, in diesen Fällen mißlieblich machen müssen; aus diesem Grunde aber haben sie das höchste Anrecht darauf, gegenüber falls einen finanziellen Rückhalt in Form der Entschädigung ihrer Versorgungsansprüche durch Festlegung in der Gemeindeordnung zu erhalten. Es darf erwartet werden, daß eine Änderung der bisherigen Auffassung nach Maß der Zeit nicht allein der in stark exponierter Stellung befindlichen Bürgermeister, sondern auch des Staatsorgans und damit der Allgemeinheit, die den größten Schaden davon hätte, wenn die Verantwortlichkeit der Bürgermeister nicht wachgehalten und gestärkt werden würde.

Weiter ist ihnen aus der gleichen Erkenntnis das Recht zu fließen, wie in dem Entwurf zum Fürsorgegesetz von der Regierung schon vorgesehen, Kraft eigener Entschlüsse, falls ein freiwillig als Mitglied der Fürsorgekasse mit den Rechten eines Mitglieds beizutreten. Nach anderer Kenntnis wird der Gedanke der Errichtung einer besonderen Fürsorgekassen zur Wahrung ihrer persönlichen Rechte ermoget, die hinsichtlich der gleichen Grundzüge betrachtet wird.

Die Veranlassung stellt sich im übrigen auf den Boden der Regierungsvorlage im Sinne auf das Fürsorgegesetz, als auch die Gemeindeordnung, allerdings unter Berücksichtigung der zu den beiden Gesetzesentwürfen von den zuständigen Organisationen eingereichten Verbesserungsanträge

Bewerkschaftliches

Latierung im Buchdruckgewerbe

Nach vierwöchigen Latierungshandlungen im deutschen Buchdruckgewerbe ist die Tarifgemeinschaft mit den deutschen Buchdruckern erneuert worden. Ein neuer Tarifvertrag für die Buchdrucker verbunden mit einem Tarifvertrag für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern zum Abschluß gekommen. Der Tarif muß allerdings noch außer der Tarifgemeinschaft zur Abstimmung vorgelegt werden.

Aus dem Lande

Regierung hilft!

Aus Lentesheim wird uns geschrieben: Bekanntlich hat voriges Jahr im Dezember das Schwäbische beträchtlichen Schaden angerichtet. In unserem Orte waren 17 Wohnstätten unter Wasser. Ein Jahr zuvor, ebenfalls im Dezember, hatten wir ebenfalls Hochwasser, jedoch erreichte es damals keinen so hohen Stand wie letztes Jahr; es drang nur in einige Wohnstätten, aus denen es nach 24 Stunden wieder zurückging. Schreiber dieses hatte nun wiederum Wasser in der Wohnung, das letzte Mal stand es 60 Zentimeter hoch, auch im Jahre 1918 hatte die Wohnung zwei Tage lang unter Hochwasser zu leiden. Es läßt sich leicht denken, daß eine Wohnung, die im Winter unter Hochwasser steht, schlecht zu trocknen ist, zumal noch die niedrigen Temperaturen dem Erdboden gleich liegen. Der Fußboden fault unter den Füßen weg. Den anderen Mitbewohnern geht es nicht besser. Die Wände sind, so hoch das Wasser stand, dauernd feucht und die Tapeten faulen. Durch die Feuchtigkeit des Bodens und der Wände haben sämtliche Möbel schweren Schaden gelitten. Es wurde diesen Sommer von der Regierung für die Hochwasserbeschädigten eine Unterführung bewilligt, für den Keller Bezirk sollen es 65 000 M. ausfallen sein. Diesen Sommer kam eine Kommission von 5 Mitgliedern, die die beschädigten Wohnungen besichtigte, den Minderbetrag der Wohnungen ausmaß und notierte; aber dabei ist es auch geblieben. Weiter hat man nichts mehr gehört. Vor 4 Wochen ist nun der Vater einer beschädigten Familie an Lungenerkrankung erkrankt. Als der Arzt die Wohnung betrat, war die erste Bemerkung: „Ja, aber hier drin können Sie unmöglich gesund werden.“ Er ließ das Bett des Kranken in die Nähe von zwei Fenstern rücken, um einmischen gute Luft zu erhalten. Schon die Kommission, die den Schaden aufnahm, hat damals auf den gesundheitsförderlichen Aufenthalt in der Wohnung hingewiesen. Nun kommt der Winter, wo die Auslüftung nicht so erregert werden kann wie im Sommer. Wird es draußen kalt, so können die beschädigten Wände voll Wassertröpfchen, wie die Leutropfen im Sommer am Grate. Und da müssen arme Familien wohnen, weil sie nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln ihre Lote zu verbessern. Ich frage nun: Wo bleibt die von der Regierung bewilligte Unterführung, um solchen Zuständen Abhilfe zu schaffen? Könnte hier in dieser Not der bürokratische Apparat nicht etwas schneller wie sonst arbeiten? Es wäre dringend nötig und wir bitten unsere Abgeordneten, sich unserer Sache anzunehmen. Der Dank der ganzen Gemeinde wird ihnen gewiß.

Kartoffel...

Die Kartoffel... (Text partially obscured)

Wanzenloch, 21. Nov.

Am Freitag nachmittag fand in den Gemeinden Wanzenloch, Friedrichstal, Epf und Neudorf die Verhandlung der bei Wanzenloch aus dem Leben gekommenen 7 Mottenarbeiter statt. In den Trauerfeierlichkeiten hatten die Eisenbahnarbeiterorganisationen und die Vereine Vertretungen entsandt. Ebenso waren die Gemeindevorstände vertreten und in großer Zahl nahm die Einwohnerchaft an den Verhandlungen teil, zu denen auch die Eisenbahnenradikation Vertreter entsandte.

Scheuern.

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde im hiesigen Stationsgebäude eingebrochen. Die Werte, welche den Einbrechern in die Hände fiel, ist jedoch gering; sie betragt nur einige Mark. In der gleichen Nacht hatten Diebe auch dem Stationsgebäude in Oberstrot einen Besuch ab.

Wälder...

Der Herr Feldwebell... (Text partially obscured)

Eisenbahn-Anst.

Von der Presseabteilung der Bad. Regierung wird mitgeteilt: Samstag vormittag 4 Uhr überfuhr der Zug 883 das Einfahrtssignal der Station Hirschhorn (Eisenbahn-Württemberg) und sich auf den Schluß des in dem Bahnhof stehenden Güterzuges 6707 auf, wobei zwei Wagen zertrümmert wurden. Personen sind nicht verletzt worden. Der durchgehende Verkehr ist nicht gesperrt. Untersuchung ist eingeleitet.

Schwere Unfälle.

Auf der Station Hirschhorn geriet bei 30 Jahre alte Briefträger Schmiebele aus Widensohl unter die Räder des nach fahrenden Zuges, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. In Freiburg, wohin er im Auto verbracht wurde, ist der Unfälle dann verstorben. — Beifahrer war der Grund zu einem tödlichen Unfall, dem der Fährer Geiger aus Ligenharts bei Ettenheim zum Opfer fiel. Am Samstag wurde auf dem See, wobei der Besatzungsschiff und Geiger tödlich getötet wurde.

Badische Politik

Die Bauernrevolte in Urloffen

Neben dem „Acker- und Wälderboten“ findet noch ein weiteres Zentrumskomitee den Mut, das Verhalten der Bauern von Urloffen zu entschuldigen. Karer Papi vertritt in der „Clara bürger Zeitung“ seine Bauern in Schutz zu nehmen; nach seiner Darstellung sind die revolutionären Landwirte unschuldige Lämmer, die nur das Opfer von Wäldereien und Verhörungen geworden seien. Es werde wohl wenig Gemeinden geben, so meint Herr Papi, wo so viel Unrecht, Gemüht und alle Autorität untergraben würde wie in Urloffen. Auch die Agitation des neuen Bauernverbandes (Richtung Loberer) trage einen großen Teil der Schuld. Dazu käme das böse Beispiel der Nachbargemeinden des Hanauer Landes. Urloffen bilde die Durchgangsstation so vieler Schmuggler und Schleichhändler in das Hanauer Land und aus dem Hanauer Land. Schließlich wird den amtlichen Stellen der Vorwurf gemacht, daß sie nicht einmal persönlich in Urloffen erschienen wären, um dort auf die Stimmung einzuwirken. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß die Gemeinde Urloffen sehr schwer unter der Maul- und Klauenseuche zu leiden hätte.

Der Herr Karer leistet mit seinen Entschuldigungen der Gemeinde keinen guten Dienst. Die Hab- und Guldner brauchen doch wahrhaftig bei den Bauern nicht durch Wälder und Dörfer aufgeschreckt werden, diese Tugenden machen bei ihnen von selbst, wenn sie die guten Beispiele sehen, die ihnen ihre Klassenossen geben. So zeichnet sich der frühere Bürgermeister von Urloffen in puncto „Ablieferung“ besonders aus, sein Verhalten habe die Bürger geradezu auf, es auch so zu machen. Die Vorwürfe des Herrn Papi gegen das Ministerium und den Amtsvorstand sind vollkommen unbedeutend. Der Minister des Innern war vor nicht allzu langer Zeit in Urloffen und wollte durch eine öffentliche Aussprache den Bürgern der Gemeinde die vermehrte Beschäftigung mit sich selbst, ob der Herr Karer und Bürgermeister anwesend waren, wissen wir nicht; ähnlich wird es auch dem Amtsvorstand ergangen sein. Es ist doch so, daß weder die Bauern von Urloffen noch von anderswoher Beschäftigung wollen; sie wollen nur eines: Geld, Geld und wieder Geld.

Am besten beleuchtet die Verhältnisse und Vorgänge in der Gemeinde Urloffen eine Zuchrift, die uns von einem Augenzeugen zugegangen und in der es heißt:

Es ist nicht nur im Bezirk, sondern auch im Lande nicht erst seit gestern hinreichend bekannt, daß die Gemeinde Urloffen schlecht abliefern, daß in ihr der Schleichhandel einen erschreckenden Umfang angenommen hat, daß in ihr ein Wucherzettel und eine Geldgier herrscht, wie wohl in wenigen Orten. Wie oft hätte ich sagen: „Wird auch die Schöbde endlich mal gegen diese Gemeinde vorgehen.“ Wie oft hätte ich die Meinung, daß die Gemeindevorstände der Bauern am Platze laien: „Das hätte der Gemeinderat verhindern können. Diese Schöbde hätte verhindert werden können, wenn jeder einermehnen seine Pflicht getan hätte.“

Das Einreden der Sicherheitspolizei erfolgte in Ruhe. Die Kommissionen sah man ruhig arbeiten. Wie aber wurde versucht, Getreide nach dem Wald zu schaffen, Getreide und Mehl im Garten und Feld zu verpacken? Wie wurde man Getreide und Mehl den wachsamsten Augen zu entziehen? Das waren nur die „Irregulierten“. Die Güten zeigten für Hab und Gut freudig, sie hatten ja nichts zu fürchten. Die Leistung der Ernterückstellungen während des an diesem Tag stattgefundenen Ernterückstellungenbeschlusses die Erhebung einstellen, damit die friedlichen Bürger in ihren religiösen Gefühlen nicht verletzt werden sollten. Die Kommissionen waren zur höchsten und freundschaftlichen Behandlung dringend angehalten und versuchten sich auch so. Nicht ein Fall kann festgestellt werden, wo sich ein Beamter unkorrekt benommen hätte. Gerüchte über die Art wurden wohl kolportiert, sie schickten sich aber nicht. Die Haltung der Sicherheitspolizei war eine gute; das Aufstellen der Beamten machte einen guten Eindruck.

Die Zurückhaltung mußten sich diese Beamten auferlegen als gegen 12 Uhr eine aufgeregte Menge sich zusammenrotete und unter der Führung des Gemeinderates Sonne r nach dem Rathaus zog, und an verschiedenen Stellen der Gemeinde Zusammenrottungen erfolgten. Ist es nicht eine Schande, ungeschicklich eine Schande, wenn deutschen Beamten auf deutschem Boden in treuer Pflichterfüllung ihren Dienst ausübend, von „Deutschen Bürgern“ mit „Vive la France“ empfangen werden? Ist es nicht unerhört, daß man aus den Wirtschaften immer und immer wieder den Ruf „Vive la France“ ertönen hört. Ist es nicht unglücklich, daß von einer „Deutschen“ Gemeinde ein französischer Militärkommandant um Hilfe angerufen wird, um sie gegen die Zwangsentziehung zu schützen, und deutsche Beamte zu entlocken. Ist es nicht abscheulich, wenn man auf deutschem Boden deutschen Beamten entgegenruft: „Nun wartet nur, jetzt kommen gleich die Zwangsenteigner und bringen Euch zum Ort hinaus!!!“ Welche Gebuld und welche Ruhe wie auch Besonnenheit zeigte der Beauftragte des Kommunalverbandes und Bezirksamtes und wie begegnete ihm die „Irregulierten“, weil er seine Pflicht gegen sein Volk treu erfüllte?

Ist es möglich, daß ein deutscher Weidwirts noch eine solche Gemeinde in dieser Weise in Schutz zu nehmen versuchen kann und sie dem tiefen Mitleide des deutschen Volkes empfehlen will. So etwas ist nicht tragbar. Ergibt man auf diese Weise Menschen zur Moral und führt dadurch die Staatsautorität? Nimmt die Kirchenbehörde so etwas ruhig hin?

Dessen wir, daß die Regierung, die der Karer Papi, wie er schreibt, antreiben will, die Behren aus diesem Fall zieht und dafür sorgt, daß aus dieser Gemeinde das Getreide reiblos herausgeholt wird. Öffentlich erleben wir es hier nicht, daß man die Sache parteipolitisch zum Nachteil des Volkes behandelt und sich beeinflussen läßt. Oder wird man zuwarten, bis alles Getreide bis es „Irreguliert“ abliefern, was es mag? Dann braucht man keinen großen Wagen mehr, dann wird künftig auch jeder Appell an die guten Landwirte verhallen. Die Güten in Urloffen haben abgeteilt, den Wäldern bleibt wohl jetzt das Getreide, weil sie „Irreguliert“ sind. Der Kritiker in der „Eisenburger Zeitung“ ist ein wirklich humaner Richter.

Wenn wir der Regierung, den Behörden zurufen: „Werden hart!“ so geschieht dieses nicht, um die Klut zwischen Stadt und Land noch zu vergrößern, sondern des Rechtes und der Gerechtigkeit willen. Bedauerlich ist, wenn bei solchen Dingen auch die Güten, und deren gibt es auch in Urloffen, mit leiden müssen, das kann aber bei solchen Handlungen nicht vermieden werden, das sehen die guten Landwirte wohl ein. Das könnte man auch in Urloffen aus dem Munde der Güten hören. Wir haben noch viele gute Landwirte, die anders denken als der Kritiker, sonst wäre es noch schlimmer um uns Verbraucher und unser Volk bestellt. Wir sind dem Landwirt für seine Mühen, für seine Arbeit um die Sicherstellung der Ernährung dankbar. Ebenso ungenügend sind wir aber auch über die, die ihrer Pflicht nicht genügen, und da wissen wir uns einig mit den vielen guten Landwirten.

Beratung des Fürsorgegesetzes in dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Es wurde in die Beratung der §§ 3 und 4 eingetreten. Hierzu wurde von Zentrumskomitee zu § 3 Abs. 1 folgender Antrag gestellt: Die Bürgermeister der mittleren Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern, soweit sie nicht schon nach § 2 Abs. 1 kraft Gesetzes der Rasse angehören, sind berechtigt, ihr freiwillig beizutreten. Sie sind auch in Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl zum freiwilligen Beitritt berechtigt, falls sie

vor dem Eintritt in das Bürgermeisteramt schon der Rasse als Mitglied angehört haben.“ Zu § 4 vor Ziffer 1 als weitere Riffer einzuschalten: Die Bürgermeister der kleinen Gemeinden, sowie die Bürgermeister der mittleren Gemeinden, die nicht nach § 3 Abs. 1 zum freiwilligen Beitritt berechtigt sind. Die beiden Anträge, sowie ein sozialdemokratischer Antrag, der den Einwohnereinsatz für die Bürgermeister zum freiwilligen Beitritt von 400 M auf 1000 M festsetzen will, wurden angenommen. Die §§ 5 und 6 wurden unbedändert angenommen, ebenso der § 7 nach einigen redaktionellen Veränderungen. Die §§ 8 und 9 wurden nach dem Entwurf angenommen. Zu § 10, die Aufhebungsgewährung betr., wurde beschlossen, die Parteiz

• Vom Postzug Frankfurt-Ehras. Wie der „Köln- und Rheinische Anzeiger“ berichtet, mußte am 19. ds. Mts. das Postzugpaar, das von Ehras kam, wegen dicker Nebels und infolge Benzinmangels hier gegen ein Uhr mittags eine Notlandung vornehmen. Nach mit viel Glück ging die Landung am Dierweiser Weg, nicht weit vom Bahndorfer, vor sich und zwar in den dort befindlichen Gräben hinein. Um wenige Zentimeter wäre das Flugzeug in den Räumen gestürzt.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 22. November.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdemokr. Bürgerausschüsse. Morgen Dienstag abend 7 Uhr im kleinen Rathhaussaal Fraktions-Sitzung. Das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist Pflicht!

Bezirk Ruppurr. Am Mittwoch abend punkt 8 Uhr spricht Oberbürgermeister im „Ruppurrer Bösen“ über unser Sozialprogramm. Wenn unsere Bildungsveranstaltungen einen Sinn haben sollen, dann müssen sich aber auch alle Mitglieder an einen regelmäßigen Versammlungsbesuch gewöhnen. Es gibt welche, die lassen sich nicht sehen! Man muß sich fragen, ob die auch mit ganzem Herzen bei unserer Sache sind! Mit Donnerstimme sei diesen Gleichgültigen zugerufen: Wacht auf, ihr habt lange genug geschlafen!

Konferenz sozialistischer Baubertriebe

Am Samstag nachmittag und gestern Sonntag tagte im „Auerhahn“ die erste Konferenz der Vertreter sozialistischer Baubertriebe aus Baden, Rheinpfalz, Saargebiet und Westfalen. Die Konferenz war aus allen Bezirken gut besucht.

Kollege Hörter-Karlsruhe begrüßte die Erschienenen aufs herzlichste und wies auf die Bedeutung der Tagung in kurzen Worten hin. Zu Leitern der Versammlung wurden die Kollegen Fischer-Karlsruhe und L. u. H. Stutzger bestimmt. Kollege Hörter hielt sodann ein instruktives Referat über die Gründung, den Aufbau und den Stand der Baugenossenschaft im Bezirk Karlsruhe. Kollege Fischer verbreitete sich hierauf über die Aufbringung, Vergütung und Rückzahlung der Darlehen. An beide Vorträge schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der insbesondere über den Stand der einzelnen Baugenossenschaften berichtet wurde. Die Tagung am Sonntag war hauptsächlich einem Referat von Walter Wagner-Berlin über „Die Überwindung des Verbandes sozialer Baubertriebe und der Kinnonierung desselben“ gewidmet, das eine Fülle von wertvollen Anregungen enthielt. Am folgte eine ausgiebige Aussprache mit produktivem Inhalt.

Die Tagung nahm einen überaus guten Verlauf, sie beendete eine weitere Etappe zur Sozialisierung des Baugewerbes und zeigte aufs deutlichste, wie die Sozialisierung von unten her zu bewerkstelligen und gefördert werden kann, ohne daß man alles Geld von oben erwartet. Auch in dieser Beziehung erweisen sich unsere „Männer vom Bau“ in Wirklichkeit als solche des produktiven, praktischen Aufbaues. Wir werden morgen über den Verlauf der Konferenz ausführlich berichten.

Zur Urabstimmung im Metallarbeiter-Verband

Die Urabstimmung für die Beitragserhöhung bezugl. Erhöhung der Streikunterstützung hat bis Samstag in der Karlsruher Verwaltungsstelle folgendes Resultat gezeigt: abgegebene Stimmen: 11818, für die Beitragserhöhung stimmten 8178, gegen dieselbe 3642, ungültig waren 198 Stimmen.

Aus der letzten Stadtsitzung

Karlsruher Bürgerausschüsse. Das Bürgermeisteramt Eßing teilt mit, daß in der hiesigen Gemeinde ein Wagen Karosifeld für unterbemittelte Familien der Stadt Karlsruhe zum Preis von 20 M. der Rentner gesammelt worden seien. Der Gemeinde Eßing wird für ihr nachahmenswertes Vorgehen herzlich Dank ausgesprochen.

Frauenarbeitschule. Um dem Bad. Frauenverein die Weiterführung der Frauenarbeitschule mit Seminar zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrerinnen zu ermöglichen, beschloß der Stadtrat, zur teilweisen Deckung des Fehlbeitrags für das Jahr 1920/21 einen südlichen Zuschuß bis zum Höchstbetrag von 15 000 M. zu leisten und diesen Betrag noch in den Gemeindevoranschlag für 1920/21 einzustellen.

Kleingärten. Der Stadtrat nimmt Kenntnis davon, daß das Bürgermeisteramt es für den Ausbau des Kleingartenwesens für zweckdienlich hält, die Gartenpächter zu einer Rechtspersönlichkeit aufzumachen und dieser Vereinigung das gesamte für Kleingärten geeignete Gelände nachweislich zu übertragen mit der Auflage, es an die Beteiligten abzugeben und die Verwaltung zu übernehmen. Der Stadtrat billigt dieses Vorgehen.

Möbelversicherung. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung zur Gewährung eines weiteren Darlehens von 100 000 M. an den Bad. Bauhand (Möbel-Abteilung) beantragt.

• Zwierkei Was? Daß die Schulen angehalten werden, Arbeit und Freizeit zu trennen, ist bei unserer wirtschaftlichen Lage selbstverständlich. Dies scheint uns aber nur für gewisse Kreise bestimmt zu sein, wie aus einem Auszug einer Aufsichtshandlung zu ersehen ist. Dort wird unter dem Schluß „D.V.P., Jugendgruppe“ zu einem Vortrag von Herrn Döhlhauer in die Hochschule eingeladen und zugleich zu einem zweiten Vortrag in der Festungschule, abends 8 Uhr, über „Sozialdemokratie“. Daß letztere keine Stätte, die republikanischen Geistes ist, braucht hier nicht besonders registriert zu werden. Daß man dieselbe auf der anderen Seite in den Abendstunden als Berufsschule auf dem Gebiet der Hege gegen die Sozialdemokratie benutzt, ist mindestens für eine Schule nicht am Platze, zumal man anderen Korporationen und Parteien solche Räumlichkeiten mit Rücksicht auf Hebung und Licht in den Abendstunden versagt hat. Die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei hat scheint mehr Rechte wie andere Leute. Was sagt der Schulvorstand und das Volksschulrat hierzu?

• Auf unerklärliche Weise verschwunden ist seit 8 Tagen der Postbote Herr G. Rothardt der Duderer J. J. Reich hier. Derselbe war am vorletzten Sonntag, also gestern vor 8 Tagen, nach in Friedrichs Weinstube, ging da mit einigen Bekannten weg und ist seit der Zeit nicht nach Hause zurückgekehrt. Der Betroffene war ein ruhiger solider Mann und lebt in geordneten Verhältnissen, weshalb man sich dessen Verschwinden nicht erklären kann. Die Polizei ist eifrig mit Recherchen beschäftigt.

• Bei den hiesigen Postanstalten (einschließlich Karlsruhe-Wahlburg) wird vom 1. Dezember ab der Schluß der Schalterstunden auf 6 Uhr nachmittags festgesetzt.

• Gebensteins-Entwässerung. Eine kleine jährliche Feier veranstaltete der Karlsruher Fußballverein am Sonntag nachmittag auf seinem Sportplatz zu Ehren seiner dem Weltkrieges von Opfer gefallenen Mitglieder. Inmitten eines kleinen Heims der Gebensteinsinnig aufgestellt, der im Namen des Altpräsidenten von Herrn S. über dem Verein übergeben wurde. Mit Worten des Dankes nahm Herr Krauß ebenfalls in die Lobes des Vereins. Zwei himmelsvolle Chöre einer Abteilung des Gesangsvereins „Konordia“ eröffneten und beschlossen die Feier.

• Deutscher Metallarbeiter-Verband — Branche der Anstrichmaler, Orthopäde, Metalliker und Benageligen. Diese Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, während der

Winterezeit ihre Versammlungen mit belehrenden Vorträgen abzuhalten. Die erste dieser Versammlungen tagte am Donnerstag abend im Lokal „Wacht am Rhein“. In freundlicher Weise hat sich Herr Obersekretär Murrmann von Oberberichtsungsamt zur Verfügung gestellt und den Zuhörern in recht anschaulicher Weise die Entstehung und das Wesen der Sozialgesetzgebung vor Augen geführt. In der Einleitung machte er die Anwesenden vor allem mit dem ungeheuren Umfang dieser Gesetzgebung bekannt, um dann zu zeigen, daß es für den einzelnen Arbeiter notwendig ist, doch er sich zunächst mit Kranken- und Unfallversicherung vertraut machen muß. Gerade die letztere erfordert große Sachkenntnis in Bezug auf den sogenannten Anfallentzogen. Der Referent verstand es, durch praktische Beispiele zu zeigen, in welcher Weise der zwar etwas umständliche Apparat funktioniert, bis ein Unfallbeschädigter zu seinem Recht kommt. Die Versammelten, deren Zahl hätte größer sein dürfen, dankten dem Redner für seine mehr als einstündigen Ausführungen durch lebhaften Beifall.

• S. Badischer Verein für Geflügelzucht. Am 27. und 28. November veranstaltet in der Stadthallen Ausstellung der Verein für Geflügelzucht eine Geflügelausstellung, die erste wieder seit 7 Jahren und dürfte dieselbe gewiß einem großen Interesse begegnen. Die Ausstellungsleitung liegt in den bewährten Händen des 2. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Gutsverwalter Langenstien, dem noch ein Stab von Mitarbeiter zur Verfügung steht. Bei der großen Mitgliederzahl des Vereins wird es an einer reichhaltigen Beschickung der Veranstaltung nicht fehlen.

• Ein „liebenwürdiger“ Hausbesitzer. Zu unserer Kritik über das rigorese Verhalten des Herrn W. n. n. in Karlsruhe gegenüber einem Mieter schickte uns der Angegriffene eine lange Erklärung, in welcher er die Gründe zu seinem Vorgehen darzulegen versucht. Er schreibt u. a.: „Meine Wohnung besteht nur aus einem Zimmer ohne Ofen und einer schmalen Waschküche als Küche, wo ich mit meiner Frau und einem Entleind trotz meines leidenden Zustandes zu wohnen gezwungen bin. Die schlimmsten Erfahrungen, die meine Familie letzten Winter in dieser Wohnung erfahren mußte, also bittere Not, haben dazu geführt, daß ich dem Mieter auf 1. Okt. kündigte. Aus Woll darüber, daß der Mieter sich nicht anständig, auf 1. Oktober ausziehen und zu mir auch kein Wort sagte, ließ ich mich zu der Maßnahme des Zurechnungshängens hinreißen.“

• Herr W. n. n. bestreitet die in der Kritik angeführten Tatsachen nicht, sondern vertritt nur die Irrsinnigen, die ihn zu dem Vorgehen führten, verständlich zu machen. Aber trotz alledem, unter aller Billigung der angeführten Gründe, können wir sein Vorgehen nicht billigen.

• Stenographenverein Gabelberger. Nach vierjähriger durch den Krieg bedingter Unterbrechung hat der Bezirk III des Bad. Stenographenverbandes am 14. Nov. einen Bezirksstag in Karlsruhe abhalten können. Morgens um 10 Uhr fanden sich gegen 200 Teilnehmer in der Stadt. Handelsschule ein. Das Besondere zeigte sehr erfreuliche Resultate. Es wurden Preise erteilt u. a. bis 80 Silben 15. 240 Silben 4. 280 Silben 1. zweiter usw. Der Vortragspreis kam nach Pforzheim. Bei der Vertreterwahl waren 9 Bezirksvereine mit 650 Mitgliedern vertreten. Aus den Berichten war zu ersehen, daß trotz vieler Schwierigkeiten die volle Arbeit von den Vereinen wieder aufgenommen wurde. Zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes wurde Herr Obersekretär L. A. B. einstimmig wieder gewählt. Der nächste Bezirksstag soll im Oktober 1921 in Bruchsal stattfinden.

• Polizeibericht vom 22. Nov. In der Zeit von Anfang September bis Ende Oktober 1920 wurden durch die hiesigen Gerichte 64 Personen wegen Verstoßes, verbotenen Handels, sowie wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften der Straf-, Kleinfeld- und Mißverordnungen und Schwarzschändens teils mit Geld bis zu 2000 M., teils mit Gefängnis bis zu 8 Tagen rechtskräftig bestraft. — Feigheitsdelikte wurden die vor einigen Wochen einem Steuerverwalter auf der Straße festgenommenen 3 Arbeiter mit Geld- und Haftstrafen im Wert von ca. 350 000 M. infolge einer Durchsuchung in einer Wirtschaft der Mittelstadt, die durch Beamte der Fahndungsabteilung vorgenommen wurde, wurden die Arbeiter angebrochen und leer neben den auf Sägmehl ausgeschütteten Schmutzwagen in einem sonst unbenutzten Kellerraum aufgefunden.

• Colosseum. Die rheinische Burlesken-Gesellschaft wird als letztes Stück ihres hiesigen Gastspiels am heute Montag 22. Nov., „Die blonde Wädel vom Lindenhof“ zur Aufführung bringen. Es ist dies ein preisgekrönter Schwan in 3 Akten, welcher in Berlin im Lustspielhaus über 350 Aufführungen hatte. Die Vorstellungen beginnen der frühen Polizeistunde wegen punkt 8 Uhr.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

In der Woche vom 11. bis 17. November ist keine wesentliche Veränderung in der Arbeitsmarktlage eingetreten. Während in einzelnen Städten die Unterbringung der Erwerbslosen günstige Fortschritt aufweist, muß in anderen so auch in Karlsruhe, immer noch mit Betriebsbeschränkungen gerechnet werden. Der Stand der Erwerbslosen in Baden ist heute 8129 Männer und 156 Frauen, die Zahl der Kurzarbeiter 1410 Männer und 287 Frauen. Daß die Zahl der weiblichen Arbeitslosen im Jurisdiktionsbereich begriffen ist, muß wohl damit in Verbindung gebracht werden, daß diese, wenn möglich, auf häusliche Dienste verwendet werden; außerdem ist in letzter Zeit eine stärkere Nachfrage nach Arbeiterinnen eingetreten.

Jugend und Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Am gestrigen Sonntag begannen die Retourspiele und zeigten folgende Resultate:

Klasse A. Freie Turnerschaft Karlsruhe — Arbeiter-Sportverein Karlsruhe: 1. Mannschaften 2:1, 2. Mannschaften 3:1, 3. Mannschaften 1:2, 4. Mannschaften 1:3; „Vahner“ Göttingen — Arbeiterturnverein Turnersheim: 1. Mannsch. 1:3 (abgebrochen), 2. Mannsch. 0:1; Dagsfeld I — Stein I 1:1; Freie Turnerschaft Pforzheim — Turnverein Aue: 1. Mannsch. 2:0, 2. Mannsch. 1:3.

Klasse B. Arb.-Turnverein Ruppurr I — Freie Turnerschaft Unterweiskirchen I 5:0. Freie Turnerschaft Karlsruhe I — Arbeiter-Sportverein Karlsruhe I 2:1 (Halbspiel). Mit Anstoß von H. Sp. B. legten beide Parteien gleich ein hartes Tempo ins Feld. Spiel ist ziemlich ausgeglichen. In der 22. Minute durch eigenen Durchbruch des Mittelfürmers hat vom H. Sp. B. in Führung, 5 Minuten später durch plagierten Schuß von Hermann konnte H. Sp. B. zum zweiten Male einfinden. Nach halbtägiger Kette wurde es nun mehr vom Spiele. Mit verächtlichem Tempo geht es dem Ende zu. 7 Minuten vor Schluß konnte sich H. Sp. B. durch den Mittelfürmer Dolgmaier ihr Extempore sichern. Der Schiedsrichter Maßlad von Grödingen warnte mit größter Nachsicht seines Amtes. • • •

• • • • •

Frankonia — Weingarten 4:0. Obige Gegner trafen sich am gestrigen Sonntage auf dem Plage des F.C. Weingarten im Vereinsstadion. Vom Anstoß weg ist Frankonia sichtlich überlegen. Über die zahlreiche energische Arbeit ist Frankonia sichtlich überlegen. Folge zu, bis in der 24. Min. ein Verteidiger W. in der Rot im Strafraum Hände macht. Der gegebene Einwurf wird glatt beantwortet. Aus einem weiteren Einwurf, wegen Hände, 2. Tor für Frankonia. In der 37. Minute schon getretener Schuß, vom Mittelfürmer H. durch Kopfball verwandelt. Raufe 3:0. Nach der Raufe daselbst W. H. schießt in der 66. Minute noch ein Tor und scheidet sich mit diesem Resultat zufrieden zu geben, denn das vorher starke Tempo läuft nun merklich ab. Frankonia im ganzen gut. Bei Weingarten ist hauptsächlich der Torwächter hervorzuheben, der, sehr gut spielend, seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage bewahrt. Endverhältnis 16:2 für Frankonia. Frankonia — Weingarten: 2. Mannsch. 6:0, 3. Mannsch. 4:0, 4. Mannsch. 1:0.

Kleine Nachrichten

Mains, 21. Nov. Wegen des Vorfalls in Oberingelheim, wo nach einem Landbergmühen ein junges Mädchen aus Frankfurt a. M. durch Schüsse getötet worden war, wurde durch Kriegsgericht der französische Korporal, der die Veranlassung zum Tode gegeben hatte, zu einem Jahr Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Die anderen vier Angeklagten Soldaten wurden freigesprochen.

Berlin. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, ist der Arbeiter Friedrich Lober, der nach dem Rapp-Bußsch am 19. März verhaftet wurde, den Generaldirektor Holz der Ammendorfer Papierfabrik A. G. in Halle zu töten, vom Halleischen Schwurgericht wegen verurteilter vorsätzlicher Tötung zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Letzte Nachrichten

Blutige Kämpfe in Ud

Ud, 20. Nov. Vorgestern wurde das hiesige Kaiser-Notizdenkmal von Tscheken umgestürzt. Bei dem Kampfe um das Denkmal kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Legionären, die von der Schutzwaffe Gebrauch machten. Eine Person wurde getötet (eine spätere Meldung spricht von drei Toten), amtschwanzig Personen wurden verletzt, unter ihnen viele schwer. Nach Informationen der „Korobni Rist“ wurde von beiden Seiten geschossen. Zunächst wurden ein Toter und zwanzig Verletzte gezählt. Gestern vormittag starben zwei schwerverwundete Personen. Das Denkmal wurde von der Bevölkerung, die noch in der Nacht alarmiert worden war, wieder aufgestellt.

Ein Zwischenfall in Guxhagen

Guxhagen, 22. Nov. Hier kam es zu einem Zwischenfall zwischen Mannschaften der hiesigen Garnison und Mitglieder der Guxhagener Orientkommission. Bei der Feststellung von Waffenbeständen in der Garnison bestand die Kommission darauf, auch in den Kammern der Mannschaften nach Waffen zu suchen. Die dadurch gereizten Mannschaften ließen sich zu Verletzungen der Mitglieder der Orientkommission hinreißen. Auch der Kraftwagen der Kommission wurde beschädigt. An Verletzung der Kommission befindliche deutsche Hebermarkungs-offiziere suchten nach Möglichkeit die deutschen Mannschaften zu beruhigen, konnten jedoch nicht alle Kundgebungen verhindern. (Solche Ungehörigkeiten unserer Soldatenkader sollte mit aller Schärfe entgegengetreten werden, denn das deutsche Volk hat keine Lust, dafür durch neue Schwierigkeiten zu büßen. D. Red.)

Zur Lage in Griechenland

Paris, 20. Nov. Eine vom französischen Botschafter in London gestern dem englischen Auswärtigen Amt überreichte Note der französischen Regierung schlägt folgende Haltung der Alliierten gegenüber Griechenland vor: Sollte König Konstantin zurückkehren, so würden die Alliierten zugestehen sein, die hiesigen freundschaftlichen Beziehungen zu Griechenland abzubauen. Dagegen würden die Alliierten die Übertragung der Krone auf den Prinzen Georg begrüßen, wenn andererseits auch in diesem Falle gewisse Garantien zu geben wären.

Athen, 20. Nov. (Kabab.) Die neu gewählte Kammer ist gestern zusammengetreten, um der Königinmutter Olga den Treueid zu leisten.

Bris, 22. Nov. Der griechische Ministerpräsident Kallias erklärte dem Sonderberichterstatter des „Corriere de la Sera“: es sei gewiß, daß König Konstantin zurückkehren werde. Der Befehlshaber der griechischen Truppen in Kleinasien erließ einen Tagesbefehl, in dem er zum Gehorsam gegen die neue Regierung aufforderte.

Valuta-Bericht vom 20. November

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 850. Auszahlung Holland notierte etwa 2200 M. per Hfl. Auszahlung Schweiz notierte etwa 1100 M. per Schw. Fr. Auszahlung England notierte etwa 258 M. per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 4.48 M. per fr. Fr. Auszahlung Neuchâtel 73 1/2 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 22. November 1920

Unter dem Einfluß des kräftigen Hochdruckgebietes, das ganz Europa umfaßt, dauert das trockene, vielfach wolkenlose Wetter weiter an. Im ganzen Festlandsgebiet liegen die Temperaturen während der Nacht um mehrere Grade unter Null; in den der Wärmeausstrahlung besonders ausgeföhnten Lagen sind bis zu 12 Grad Kälte beobachtet worden. Da die Druckverteilung eine wesentliche Änderung nicht erfahren wird, bleibt der Bitterungscharakter auch weiterhin bestehen. Voraussichtliche Bitterung bis Dienstag den 23. Nov., nachts: Fortwährend heiter, trocken, rau, Nachtfröst.

Schriftleitung: Georg Schöpsin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Chefangebote. Josef Höhn von Mannheim, Hochbauingenieur hier, mit Frieda Weiß von Eppingen. August Schmitz von Erier, Schmittler hier, mit Anna Bernard, geb. Thom, von Erier. Dr. Ing. Wilhelm Meyer von Holz, Chemiker in Dersfeld, mit Elsa Maier von Kenzing. Friedrich Maas von hier, Schloffer hier, mit Katharina Dennis von hier. Karl Dentes von hier, Kaufmann hier, mit Emma Walter von hier. Johann Groß von hier, Adolph Hilfsarbeiter hier, mit Luise Müller von Dantenloß. Leopold Koch von hier, Schloffer hier, mit Maria Stiemle von Oberlauchingen. Wilhelm Leicht von hier, Zeichner hier, mit Erna Pennes von Altenfeld. Karl Metzger von Leutkirchener, Schloffer alda, mit Bertha Dabig von Epphart. Wilhelm Weber von hier, Eisenbrecher hier, mit Friederike Roggenmaier von Weinsheim. Friedrich Reinfried von hier, Buchdrucker hier, mit Bertha Koblbecker von hier.

Todesfälle. Johann Dauber, Chemann, Tagelöhner, alt 61 J. Rudolf Schänhaller, ledig, Tagelöhner, alt 20 Jahre. Maria Siegler, alt 82 Jahre, Ehefrau von Benno Siegler, Opernsänger. Aug. Giesinger, Chemann, Eisenbrecher alt 88 Jahre.

